Dienstag, 13. November 1923. **Einzelnummer 10000 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 258

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 105 000, in den Ausgabestellen 107 000, durch Zeitungsboten 108 000, am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800, ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 5000 M, Reklameteil 12 000 M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil .. 5000 p. M, " Reklameteil . 12 000 p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Lage in Polen. Aufrufe und Proteste.

Der Krakauer Aufruhr und die Gärungen in Lodz haben der sorgenvollen Stimmung, die im Lande herrscht, neue Nahrung gegeben. Diese Stimmung, die, wie es scheint, von gewissen Kreisen zu einer Art von faszistischer Agitation ausgenutzt wird, kommt in mehreren Aufrufen zum Ausdruck, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden.

Ein Aufruf der Nationalwehr (Straż narodowa) für die Wojewodschaft Posen, einer neugegründeten Organisation, wendet sich an alle „aufrichtigen Polen der Wojewodschaft Posen, denen das Los der notleidenden Volksgenossen und das Wohl der Republik am Herzen liegt“ und fordert sie zur Mitarbeit in der „Nationalwehr“ auf. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß der Dienst in der „Nationalwehr“ ehrenamtlich ist und daß nur wirklich notwendige und sparsam berechnete Auslagen und bei Dienstreisen das Fahrgeld vierter Klasse erstattet werden. Das Programm der Tätigkeit der „Nationalwehr“ wird in dem Aufruf folgendermaßen formuliert: 1. Feststellung aller Bewohner der Wojewodschaft, die infolge der gegenwärtig herrschenden Verhältnisse Not leiden, einschließlich der Beamten, deren Gehälter bis zum Ende des Monats nicht ausreichen. 2. Versorgung der genannten Personen mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken zu für sie erschwinglichen Preisen (Verkauf durch Genossenschaften). 3. Milderung der Gegensätze zwischen den Berufen, Klassen, Parteien. „Einigkeit macht stark“, sagt der Aufruf, und er fährt fort: „Aus unserer Uneinigkeit werden nur die Juden, die Bolschewisten, die Deutschen und andere Feinde Polens Nutzen ziehen.“ Darum erwartet der Kommandant der Nationalwehr für die Wojewodschaft Posen (Bronisław Śniegocki) von den besitzenden Klassen und der Intelligenz ein weitgehendes Verständnis für die Notwendigkeit eines brüderlichen Eintretens für diejenigen, die moralischer oder materieller Hilfe bedürfen.

In einem Aufruf mit den Unterschriften des Posener Verbandes der ehemaligen Hallersoldaten, der Vereinigung der Aufständischen, des Posener Wojewodschaftsverbandes der Invaliden, der Organisationen der Reserveoffiziere, der Sokols und einiger ähnlicher Organisationen heißt es: „Wir müssen daran denken, daß ein Bürgerkrieg eine vierte Teilung Polens bedeuten würde, einen Verlust der Unabhängigkeit, eine Niederlage, die wir, die wir an allen Fronten kämpften, nicht zulassen können und nicht zulassen werden.“ Der Aufruf fordert die Bürger auf, sich um die gemeinsame Fahne zu scharen, dazu beizutragen, daß den Notleidenden das Durchhalten ermöglicht wird und der einen Parole zu folgen: „Alles für das Vaterland!“

Um die Kirchengüter.

Die bevorstehende Entscheidung über die Aufteilung der Kirchengüter hat eine Reihe von Erklärungen und Protesten zur Folge gehabt. Über eine Versammlung der Geistlichen im ehemaligen Sternschen Saal in Posen, die sich mit dieser Frage beschäftigte, berichten wir an anderer Stelle des heutigen Blattes. Einen scharfen Protest gegen die geplante Aufteilung veröffentlicht unter anderem der Verband der Kapläne der Kulmer Diözese. Ferner ließen mehrere katholische Arbeitervereine dem Erzbischof Erklärungen zugehen mit der Bitte, die Aufteilung der Kirchengüter zu verhindern.

Der Generalstabschef beim Ministerpräsidenten.

Aus Warschau wird gemeldet: Ministerpräsident Witos empfing den Generalstabschef General Haller und hielt mit ihm eine Besprechung ab.

Der frühere deutsche Kronprinz in Oels eingetroffen.
Er will der Politik fernbleiben.

Der frühere deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm war seit einiger Zeit im Besitz einer Einreiseerlaubnis der deutschen Regierung, die das Kabinett Stresemann bereits vor dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister einstimmig erteilt hatte. Die Regierung vertrat dabei den Standpunkt, daß das Reich, wenn es dem früheren Kronprinzen die Rückkehr gestatte, nichts anderes tue, als einem nach langer Zeit zurückkehrenden deutschen Staatsbürger einen Paß auszustellen. Dr. Stresemann hatte sich schon, als er noch Abgeordneter war, für die Rückkehr des früheren Kronprinzen interessiert und ihn auch vor etwa zwei Jahren in seinem Exil auf der kleinen, öden Insel Wieringen in der Zuider-See besucht.

Da am Sonnabend ein Schritt der Entente erwartet wurde, der sich gegen die Rückkehr aussprechen sollte, so kam der Kronprinz, der außer seinem deutschen Paß noch die Genehmigung der holländischen Regierung besaß, jeder Hinderungsmaßnahme zuvor und reiste am Freitag von der Insel ab. Bis Hamburg fuhr der Kronprinz im Automobil, begleitet von seinem langjährigen Verbannungsgenossen, dem Major Mildner. Bis zur holländischen Grenze wurde er in einem zweiten Automobil von holländischen Polizeibeamten und einem Vertreter des holländischen Staatsministeriums begleitet. Die Grenze wurde nicht, wie gewöhnlich, bei Bentheim überschritten, sondern bei einer kleinen Ortschaft, die keine Bahnstation besitzt. Auf deutscher Seite wurde der Kronprinz von einem Auto, das mit Beamten der Berliner politischen Polizei besetzt war, in Empfang genommen. Von Hamburg fuhr Friedrich Wilhelm von Hohenzollern am Sonnabend früh mit der Eisenbahn nach Berlin und traf, wie die Wiener „Neue Freie Presse“ gemeldet hat, vormittags 11 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Nach kurzem Aufenthalt fuhr er mit dem Breslauer Eilzug und von Breslau nach Oels weiter. **Am Sonnabend gegen Abend traf er in Oels ein.**

Seine Gemahlin war bereits vor einigen Tagen von Potsdam nach Oels gereist und hatte ihre Söhne, die bisher in Potsdam das Gymnasium besuchten, mitgenommen, um ihren Gatten in Oels zu erwarten.

Der frühere Kronprinz hat vor und während seiner Reise mehrere Mal entschieden erklärt, daß er sich jeglicher politischer Tätigkeit enthalten wolle.

Auf einen Schritt der Ententebotschafter in Holland antwortete die holländische Regierung in einer offiziellen Note, daß sie es nicht für möglich gehalten habe, Einspruch dagegen zu erheben, einem Ausländer, der nicht ihr Gefangener gewesen sei, das Verlassen Hollands zu verbieten.

Außer der Note an Holland wurde auch eine Note nach Berlin gesandt, die die Reichsregierung auffordert, sich einer Rückkehr des deutschen Kronprinzen zu widersetzen bzw. die erteilte Genehmigung zurückzuziehen.

Außerordentlich wichtige Beschlüsse des französischen Ministerrates.
Unter Millerands Vorsitz. — Mitwirkung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. — Gegen eine Diktatur, für Demokratie in Deutschland.

Am Donnerstag vormittag fand in Paris unter Millerands Vorsitz ein außerordentlich wichtiger Ministerrat statt, der nach glaubwürdigen Informationen inhaltsschwere, grundlegende Beschlüsse gefaßt hat. Der Ministerrat hat einmal die neuen Instruktionen für den französischen Botschafter in Washington formuliert, die allem Anscheine nach im Grunde darauf hinauslaufen, daß Frankreich im Gegensatz zu seiner bisherigen passiven Haltung gegenüber dem deutschen Zusammenbruch nunmehr zur definitiven Mitwirkung bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands bereit ist.

Der Ministerrat hat weiter, angeblich auf Vorschlag Millerands, durch den französischen Botschafter in Berlin erklären lassen, daß die Franzosen die Errichtung einer Diktatur in Deutschland nicht dulden würden. Dieser Beschluß bedeutet den Sieg der interventionistischen Strömung in französischen Regierungskreisen, die in letzter Zeit häufig im „Temps“ zu Worte gekommen ist, **gegen die bisher von Poincaré vertretene Strömung**, die passives Abwarten gegenüber den inneren Wirren in Deutschland erstrebten.

Eine Unterhaltung des französischen Botschafters mit Stresemann.

Am Quai d'Orsay wurde versichert, der Botschafter in Berlin [illegible] nicht beauftragt, irgend eine Drohung zu formulieren, es [illegible] sich überhaupt nicht um einen Schritt in vollem Sinne des Wortes. Der Botschafter sei lediglich beauftragt, dem Reichskanzler in freundschaftlicher Unterhaltung zu sagen, Frankreich denke zwar nicht an irgend welche Einmischung in die innere Politik Deutschlands, könne aber nicht gleichgültig bleiben, wenn gefährliche Rückwirkungen der inneren Politik auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu befürchten seien. Dieser Fall dürfte eintreten, wenn in Deutschland Kräfte ans Ruder kommen sollten, deren Ziel die Aufhebung des Versailler Vertrages, die Annullierung der Reparationsverpflichtungen und womöglich die Vorbereitung eines Revanchekrieges seien. Der Triumph der deutschen Reaktionäre würde Frankreich vor ernste Fragen stellen, da die Sicherheit Frankreichs dadurch bedroht werde. Ein stabiles demokratisches Regime entspreche den Interessen Deutschlands und Frankreichs, weil nur ein solches Regime den anderen Nationen Vertrauen einflößen könne.

Über die Unterredung des französischen Botschafters in Berlin mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann geht allen Pariser Blättern ein ziemlich gleichlautendes Telegramm zu, in dem festgestellt wird, daß Stresemann den französischen Botschafter in höflicher Form empfangen hat und ihm erklärte, er stelle mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung nicht beabsichtige, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen. Andererseits teile er als Führer einer parlamentarischen Regierung die Ansicht Poincarés über die Vorteile der demokratischen Institution.

Amerika verzichtet auf die Sachverständigenkonferenz.

Aus Washington wird telegraphiert, daß Staatssekretär Hughes offiziell erklärte, er könne nicht den Wortlaut der Bedingungen annehmen, an die Poincaré die Einberufung des Sachverständigenausschusses knüpft. Amerika würde daher an der Konferenz nicht teilnehmen.

Wie die „Associated Preß“ aus Washington meldet, ist der englisch-amerikanische Plan über die Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine Sachverständigenkonferenz infolge der Haltung Frankreichs vereitelt worden. Diese Auffassung ist vom Staatsdepartement offiziell mitgeteilt worden nach einer neuerlichen Konferenz zwischen Hughes und dem französischen Botschafter.

England in Not.

England ist infolge des Versailler Diktates und der seitdem betriebenen Politik zu vollkommener Einflußlosigkeit auf dem europäischen Festlande verurteilt. Die Auslieferung der deutschen Flotte und der Kolonien waren für England sehr günstige Maßnahmen. Der Glaube an eine unbegrenzte deutsche Zahlungsfähigkeit kam dazu, und es gelang Lloyd George bei den unmittelbar nach dem Kriege stattfindenden Wahlen eine große Mehrheit für sich und seine Politik zu finden. Gar bald aber zeigten sich mehr und mehr die Schattenseiten der in Paris vereinbarten Lösung. Schon die Zertrümmerung Österreich-Ungarns war keine reine Freude für England, denn es war vorauszusehen, daß die Nachfolgestaaten stark unter französischen Einfluß kommen würden. Um den Ring um Deutschland zu verstärken zog Frankreich Polen in ein enges militärisches Bündnis. Auch diese Verstärkung der französischen Festlandsstellung wurde von England und speziell von Lloyd George nicht gerade freudig hingenommen.

Aber das alles waren nicht so einschneidende Dinge, daß sie ernstlich die Ruhe des Engländers gestört hätten. England bringt den neu entstandenen Staaten, besonders nach Lloyd Georges Abgang, aufrichtige Sympathie entgegen. Hingegen haben die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages mehr und mehr zu schweren Schädigungen des englischen Wirtschaftslebens geführt. Lloyd Georges demagogische und unüberlegte Wahlpropaganda hatte zu übertriebenen Hoffnungen auf sehr hohe deutsche Entschädigungen geführt. Diese Hoffnungen sind einer bitteren Ernüchterung gewichen. Durch die Zustimmung, zu dem Friedensvertrage in der Form, die ihm bei den Beratungen der Vier in Paris gegeben wurde, hat England mitgeholfen, die Kaufkraft der besiegten Länder zu ruinieren, anstatt sie wiederaufzubauen. Es hat seine Kunden zu Bettlern gemacht. Die Folge ist der soeben statistisch ermittelte 25prozentige Rückgang der englischen Ausfuhr gegenüber den Friedenszeiten und die damit zusammenhängende Arbeitslosigkeit.

Da England heute nicht in der Lage ist, gegen die politische und wirtschaftliche Verwüstung Deutschlands Front zu machen, durch die der ökonomische Verfall auch anderer Staaten Europas mit bedingt ist, greift es zum „Schutzzoll“ als Ausweg aus der mißlichen Lage. Diese Schutzzölle sind aber eine schwere und in ihren Wirkungen höchst ungewisse Belastung der englischen Wirtschaft. Die durch die Ruhrbesetzung drohende Überschwemmung der Weltmärkte mit aufgestapelten Vorrä en hat den Schutzzollgedanken besonders empfohlen. Hier zeigen sich die unangenehmen Wirkungen der schwächlichen Ruhrpolitik Englands. Man sucht dem englischen Volke die Abwendung vom Freihandel schmackhaft zu machen, indem man als Folge des Schutzzolles die Verheißung: Mehr Arbeit“ hinstellt. Die Zahl der Arbeitslosen in England beträgt ja immer noch mehr als 1 200 000. Ferner stellt man den Schutzzoll der mit einer Bevorzugung der englischen Kolonien verbunden sein soll, als eine Möglichkeit hin, Englands Handel von dem verarmenden Europa loszulösen und auf lukrativere Gebiete zu übertragen. Schließlich glaubt man die Zölle als finanzpolitisches Mittel gegen die Inflation empfehlen zu können. Sie seien der einzige Ausweg, auf dem man um grö ere Anleihen herumkommen könne. Mit diesen Argumenten will man versuchen, einen Teil der Arbeiterschaft, die große Masse der Kolonialfreunde und vielleicht auch denjenigen Teil des Großkapitals einzufangen, der sich vor der direkten Steuerschraube fürchtet.

Sehr große Industriezweige freilich sind als weltbeherrschende Ausfuhrindustrie keineswegs an Schutzzöllen interessiert und fürchten, daß ihnen diese eine Belastung ihrer Rohstoffeinfuhr bringen. Dazu gehören z. B. die Schiffsbauindustrie, die wichtigsten Zweige der Textilindustrie, die Weißblechindustrie und Teile der schweren Eisenindustrie. Die englische Industrie benötigt eine Fülle von Halbfabrikaten und Rohstoffen, deren Verteuerung durch Zölle ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dritten Märkten noch stärker schwächen würde als bisher. Ferner bedeutet jede Lebensmittelverteuerung, selbst wenn die Zölle niedrig gehalten sind, auch eine Verteuerung der Arbeitskosten.

Endlich sind schwerwiegende Gegenmaßregeln derjenigen Ausfuhrstaaten, die nicht zu den englischen Kolonien gehören, also der Vereinigten Staaten, Italiens, Südamerikas zu erwarten. Auch ist es sehr fraglich, ob man sich in den großen Kolonien, die schon der Aufbau eigener Industrien bewerkstelligt haben, wirklich als Gegenleistung zu einer ganz und gar offenen Tür gegenüber Englands Industrie entschließen wird. Dieses Fragezeichen muß man vor allem bei Indien, Kanada, Australien, zum Teil auch bei Südafrika machen.

So steht also das englische Wirtschaftsleben vor einer Reihe von bedrohlichen Fragen. Selbstverständlich wirkt dies auf die Stimmung gegenüber Frankreich. Die Freundschaftsbeteuerungen werden immer krampfhafter und unechter. Eine Fülle von Unwillen und Gegnerschaft sammelt sich in den Wirtschaftskreisen an. Vollends die Politiker der Arbeiter-

Partei, die meisten Liberalen und auch ein erheblicher Teil der Konservativen können ihre Gereiztheit gegen Frankreich kaum verbergen. Das Mißtrauen wächst und zwar auf beiden Seiten.

Ein höchst merkwürdiges Ereignis, das für das Verhältnis zwischen England und Frankreich charakteristisch ist, ist das plötzliche Verschwinden von sieben Exemplaren des britischen Geheimschlüssels für den telegraphischen Dienst des englischen Heeres und der Flotte. Wie hoch das englische Kriegsamt die Sicherheit der französisch-englischen Freundschaft einschätzt, sieht man daraus, daß es sich veranlaßt sah, sofort einen neuen Geheimschlüssel ausarbeiten zu lassen.

Es ist England nicht gelungen, in der Frage der Einberufung einer neuen Reparationskonferenz eine Front gegen Poincaré zustande zu bringen. Ausdrücklich wurde die Nachricht dementiert, daß Belgien und Italien sich dem englischen Standpunkt angeschlossen hätten. Englands influß auf dem Festland ist eben im Schwinden begriffen.

Auch im Mitelmeere ist die Herrschaft der englischen Flotte keineswegs gesichert. Die afrikanische Kolonialpolitik Frankreichs zielt am Ende auf Eroberung Ägyptens. Ägypten kann französischerseits sowohl von der afrikanischen Seite als auch von Vorderasien her angegriffen werden, denn in Syrien steht eine starke französische Truppenmacht unter dem Oberkommando des sehr tüchtigen Generals Weygand.

Im Mittelmeergebiet könnte freilich England Unterstützung von Italien erhalten. Mussolini könnte zwar allenfalls darauf ausgehen, daß Italien recht nahe liegende Malta zu gewinnen. Von erheblich größerem Wert aber dürfte doch Tunis sein, wo so viele hunderttausend Italiener leben. Der Bardo-Vertrag des Jahres 1881, der Tunis den Franzosen auslieferte, ist auf italienischer Seite stets als eine schwere nationale Kränkung empfunden worden.

Mit einem Male kann eine Lage entstehen, die zu Verwicklungen in Nordafrika führt, und dann ist die Stellung Italiens in Tripolis von einschneidender Bedeutung. Sie flankiert den Anmarsch gegen Ägypten und würde also bei einem Bündnisse Englands mit Italien für Frankreich ein schweres Hindernis darstellen. Unter Mussolini besinnt sich Italien mehr und mehr auf seine Mittelmeerstellung. Die Aspiration in der Adria sind durch die vorübergehende Besetzung Korfus und die dauernde Fiumes bekräftigt worden. Auch in der Tangerfrage verlangt Italien mit allem Nachdruck, daß es gehört werde. Die Beratungen Frankreichs und Englands mit Spanien in dieser Angelegenheit sind vertagt worden, denn Mussolini hatte sich geweigert, die Beschlüsse anzuerkennen, falls Italien nicht vertreten sei.

Die neue Regierung in Spanien unter der Diktatur des Generals Primo de Rivera hat eine energischere Außenpolitik begonnen. Sie erfreut sich besonders der Unterstützung der britischen Regierung und hat gleichfalls erklärt, daß sie einer Tangerkonferenz fernbleiben wolle. Der König von Spanien will übrigens in Begleitung de Riveras in der nächsten Zeit dem König von Italien einen Besuch in Rom abstatten. Hier sollen, so scheint es, Beziehungen angeknüpft werden, die ihre Spitze zum Teil gegen die französische Stellung im Mittelmeere kehren sollen. Es ist anzunehmen, daß England hier ein Gegengewicht gegen Frankreich und einen Ersatz für seinen verloren gegangenen Einfluß auf dem größten Teile des Kontinentes suchen will. Daß England die Gefahr deutlich erkennt, ist sicher. Die französische Militärdiktatur in Europa, die sich nicht nur gegen den Besiegten, sondern auch gegen die Neutralen richtet, zwingt zu Abwehrmaßnahmen. Die in London tagende Reichskonferenz beschäftigte sich einen vollen Tag lang mit der militärischen Verteidigung des britischen Reiches. Doch wurden die in dieser Frage gefaßten Beschlüsse absolut geheim gehalten.

Zweifellos arbeitet England auf lange Sicht, aber es ist sehr leicht möglich, daß es zu früh von der Vollendung der französischen Machtstellung überrascht wird, so daß ein weiterer Widerstand ausgeschlossen erscheint. Jedenfalls würde Deutschland einen schweren Fehler begehen, wenn es auch gegenwärtig noch irgendwelche Hoffnungen auf ernsthafte Schritte Englands zu seinen Gunsten setzen würde.

*

Baldwin für die englischen Interessen.

Baldwin hielt am Sonnabend eine Rede in London, die leider, noch während er sie hielt, zum größten Teil vollkommen überholt und gegenstandslos wurde. Baldwin wies nämlich, wie versichert wird, in warmherzigen Worten auf den großen Wert einer Beteiligung Amerikas an der Lösung der Reparationsfrage hin. Zu derselben Zeit jedoch wurden schon von Washington aus die Erklärungen des amerikanischen Präsidenten und des Staatssekretärs Hughes in die Welt telegraphiert, daß Amerika infolge der französischen Bedingungen auf die Teilnahme an einer Reparationskonferenz verzichte.

Außerdem betonte Baldwin, daß England weder ausschließlich nach abstrakten oder ethischen Erwägungen, noch auch allein auf Grund von vertraglichen Verpflichtungen handeln werde. England müßte stets beeinflußt sein durch die Rücksicht auf die eigenen Interessen, insbesondere auf die Arbeitslosigkeit und die verminderte englische Ausfuhr. Englands auswärtige Politik bestehe in erster Linie in der Wahrung aller Interessen des englischen Volkes.

Republik Polen.

Die Beerdigung der in Krakau gefallenen Zivilisten

fand am Freitag statt. In dem Leichenkondukt, an dessen Spitze mehrere Musikorchester gingen, befanden sich u. a. Vertreter der polnischen Sozialistenpartei, des Eisenbahnerverbandes, der Arbeiter der Bergwerksgebiete des Dąbrowoer Bezirks und der Bezirke Borysław, Tschenstochau, Wieliczka und Bochnia. Die elf Särge wurden von Arbeitern getragen. Auf dem Friedhof hielt der Abg. Marek eine Ansprache. Die Funeralien wurden vom Friedhofskaplan vollzogen. Die Beisetzung verlief ohne Störung.

Ein Trauergottesdienst zu Ehren der in Krakau gefallenen Offiziere und Soldaten.

fand in Warschau am Sonnabend vormittag statt. Dem Gottesdienst wohnte der Staatspräsident und der Ministerpräsident sowie Vertreter der Regierung, des Sejm und des Senats, der Behörden und der Generalität bei. Die Trauermesse wurde vom Feldbischof Gall gelesen. Professor Szlagowski hielt danach eine Predigt.

General Czikiels Rechtfertigung.

Der nach dem Krakauer Aufruhr abgesetzte dortige Korpskommandant General Czikiel erklärte einem Mitarbeiter des „Kurjer Czerwony", er fühle sich vollkommen unschuldig, er habe im Sinne der militärischen Vorschriften und nach seinem Gewissen gehandelt und würde in einem ähnlichen Falle nicht zögern, ebenso zu handeln.

Eine Berichtigung.

Im Krakauer sozialistischen „Naprzód" ist eine Erklärung der Staatsanwaltschaft des Krakauer Bezirksgerichts veröffentlicht, in der gesagt wird, es sei nicht wahr, daß die Soldaten des 8. Ulanen-Regiments freiwillig mit dem Ruf: „Es lebe Piłsudski!" sich ergeben und die Waffen gestreckt hätten. Wahr sei vielmehr, daß auf die Soldaten geschossen wurde, die von den Pferden Stürzenden entwaffnet und massakriert wurden.

Hilton Young kehrt vorübergehend nach England zurück.

Mit Rücksicht auf die Vorwahl zur englischen Kammer wurde Hilton Young, der eines der hervorragendsten Mitglieder der englischen liberalen Partei ist, gebeten, für kurze Zeit nach London zu kommen. Unverzüglich nach Durchführung gewisser politischer Fragen, die mit den Wahlen in Verbindung stehen, soll Young nach Warschau zurückkehren, um seine Tätigkeit an der Sanierung des polnischen Staatsschatzes wieder aufzunehmen.

Verbrecherischer Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Aus Wilna wird gemeldet, daß zwischen den Stationen Lachów und Miklaszewice auf einen Personen-Güterzug ein Anschlag verübt wurde. Unbekannte Täter legten auf das Gleis mehrere Eisenschwellen. Der Lokomotivführer bemerkte das Hindernis zur rechten Zeit und brachte den Zug zum Stehen. Nach Beseitigung der Schwellen setzte der Zug seine Fahrt fort. Der Innenminister hat im Einvernehmen mit dem Eisenbahnminister eine Gleiskontrolle eingerichtet, die von einer starken berittenen Polizeiabteilung ausgeübt wird.

Ein Ausstand der Krankenkassenärzte in Lodz.

Am Sonnabend begann in Lodz ein Ausstand der Krankenkassen-Ärzte auf wirtschaftlicher Grundlage. Die bisherigen Verhandlungen waren ergebnislos.

Eine neue landwirtschaftliche Lehranstalt.

In den nächsten Tagen wird in Bromberg eine mittlere Staatsschule für Landwirtschaft eröffnet werden. Einschreibungen für den ersten Kurs werden bis zum 20. November entgegengenommen. Der Unterricht in der Schule wird drei Jahre dauern. Angenommen werden Absolventen der 4. Klasse von Mittelschulen oder einer 7 stufigen Volksschule.

Senator Noulens in Warschau.

Am Sonnabend traf der französische Senator Noulens, der schon zweimal Polen besucht hat, in Warschau ein.

Millionenbanknoten.

Die Polnische Landesdarlehnskasse hat am 10. November Banknoten im Werte von einer Million in Umlauf gebracht.

Aus der polnischen Presse.

Ein nichtzustandegekommenes Kabinett?

Das in Paris erscheinende linksorientierte Blatt „Polonia" schrieb in seiner Nummer vom 30. Oktober: „In parlamentarischen und politischen Kreisen sind einige Listen in Umlauf mit den Namen der Mitglieder des mutmaßlichen kommenden Kabinetts, wie es nach den bisherigen Übereinkünften aussehen würde. Eine dieser Listen enthält folgende Namen: Ministerpräsident — General Sikorski oder Maciej Rataj, Innenminister — Thugutt, Außenminister — Jan Dąbski, Finanzminister — Władysław Grabski, Kriegsminister — General Sosnkowski oder General Sikorski, Unterrichtsminister — Prauß oder Rataj, Justizminister — Nowodworski, Minister für Handel und Industrie — Diamand, Agrarreformminister — Osiecki, Eisenbahnminister — Moraczewski, Minister der Arbeit und der sozialen Fürsorge — Smólski, Minister der öffentlichen Arbeiten — ein Mitglied der Nationalen Arbeiterpartei, Unterstaatssekretär des Gesundheitswesens im Innenministerium — Dr. Chodźko."

Wieder ein bulgarischer Minister erschossen

Wie aus Sofia gemeldet wird, wurde der frühere Minister unter Stambulinski, Doupanino, der der Bauernpartei angehörte und zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt war, bei dem Transport von einem Gefängnis zum anderen bei einem Fluchtversuch von den eskortierenden Soldaten erschossen.

Bulgarien erfüllt die südslawischen Sühneforderungen.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat eine Abteilung bulgarischen Militärs mit Fahne vor der auf der serbischen Gesandtschaft gehißten südslawischen Fahne Ehrenbezeigungen geleistet. Auch die übrigen im südslawischen Ultimatum enthaltenen Forderungen sind bereits am Mittwoch erfüllt worden.

Pulverexplosion in Genua.

In dem Fort Guano in der Nähe von Genua kam es zu einer heftigen Pulverexplosion, die zahlreiche Opfer an Toten und Verwundeten forderte. Die Ursache soll nach einer Meldung aus Rom das Herabfallen eines Munitionspaketes von einem Automobil sein, nach anderen Meldungen die Entzündung durch Kurzschluß einer elektrischen Leitung. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten beträgt ungefähr 100. In der Umgegend des Forts ist ein Brand ausgebrochen. Im Inneren des Forts befinden sich noch 100 Zentner Pulver, die bisher noch nicht explodiert sind. Es wird versucht, den Brand auf seine Stelle zu beschränken.

Die Fiumefrage.

Aus Rom wird gemeldet, daß zwischen dem südslawischen Gesandten in Rom und Mussolini vor einigen Tagen in der Fiumefrage Unterredungen stattgefunden haben, speziell über die Wiederaufnahme des Verkehrs über Braidizza. Die Verhandlungen über die allgemeine Fiumefrage scheinen in ein konkretes Stadium zu treten.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(42. Fortsetzung.)

Der alte Herr hatte etwas so Bezwingendes in seiner Lebensbejahung und sah so behäbig und vergnügt aus, daß man ihn für einen wohlhabenden Landwirt hätte halten können, gewiß aber nicht für einen Kriminalbeamten. Sie gingen dann in das komfortable Schlafwagenabteil. Silvio streckte sich auf das Lager, seine Augen aber waren hinausgerichtet in die dunkle Nacht. Schon lange hatte der Zug die bewohnten Gegenden verlassen, rechts und links dehnte sich die unermeßliche Pampa. Kein Baum fast. Niedere Sträucher, Gras, gleichförmig, wellenlos, eben. Hie und da ein Feuer. Dort lagen wohl halbwilde Gauchos und brieten sich ihren „Asado", den saftigen Rind- oder noch besser Pferdebraten, tanzten mit ihren wilden Mädchen oder schlürften aus dem Matee mit silberner Bombilla den heißen Paraguaytee.

Wie regten diese einsamen Feuer in der weiten Öde die Phantasie an. Dann plötzlich Lichter. Der Zug bremste. Schreien und Durcheinander; eine kleine Stadt mit Lichtern und wellblechgedeckten Häusern. Ein Pfiff, und wieder umgab das Schweigen der Pampa den dahinrasenden Zug. Endlich schlief Silvio ein. Es waren glückliche Träume in dieser Nacht. Johanna — Silvester Bruhns, der Onkel, der ihm mit ausgebreiteten Armen entgegentrat. Weit geöffnet die gastlichen Tore des alten Patrizierhauses in Bremen. Er mußte sich erst zurechtfinden, als er aus dem Schlummer auffuhr, den Kommissar hemdärmelig an der Waschtoilette stehen sah, und sein Blick ihm draußen die ewig grau in grau gemalte Pampa zeigte.

„Glücklicher Langschläfer! Das Frühstück wartet."

Welch ein Kontrast! Drinnen der Luxus des Pullmancar und des Speisewagens, reiche Argentinier und befrackte Kellner! Draußen die Pampa!

Bisweilen ein Trupp Rinder, die blöde vom Wiederkauen aufschauten und dem Zug nachglotzten, oder eine Schar junger Pferde, die wiehernd ein Stück nebenher liefen, dann vielleicht ein Gaucho, der den Lederlasso in der Hand, ein Lederwams mit Silber gestickt prall am Körper, die Füße in Stiefeln, die er sich aus frisch abgezogener und noch warm über den Fuß gestreifter Pferdehaut selbst geformt hatte, und auf dem Haupt den hochspitzigen, mit Troddeln geschmückten Sombrero! Dann wieder kleine Orte, die jetzt bei Tage meist recht nüchtern ausschauten. Dafür ein umso bunteres Volk am Bahnhof. Gegen Abend wurde das Land dürr und steinig. Weite, wüste Sandflächen traten an die Stelle der saftigen Steppe.

Wieder wurde es Nacht, und als dann der Morgen leuchtete, lag, weiß schimmernd im winterlichen Schneekleid vor ihnen die Kette der Anden, über die sich mühevoll der Schienenweg nach Chile hinüberwindet. Abgeerntete Weinberge. Zum Winter bereitete Felder. Der Zug fuhr in den Bahnhof von Mendoza.

Ein freundliches, kleines Städtchen. Weitläufig gebaut mit kleinen Häusern, die, meist einstöckig und aus Holz gebaut, sich an breiten Pappelalleen hinziehen oder um den großen Hauptplatz gruppieren, auf dem an schönen Sommertagen die Kapelle konzertiert, während die vornehme Kleinstadtwelt um sie herumflirtet.

Hier und da allerdings ein trübes Bild. Eine in Trümmer liegende Kirche, ein zusammengestürztes Steinhaus, eine verfallene Bodega, die bei einem der allzuhäufigen Erdbeben niedergebrochen war und den Inhalt ihrer köstlichen Fässer mit Mendozawein in dunklen Strömen hatte über die Straße fließen lassen.

„Ja, mein Lieber, die Erdbeben! Das sind die Dornen an den Rosen von Mendoza! Wahrscheinlich hätte man längst den alten Plan ausgeführt und die Stadt einfach verlegt, aber das geht nicht; denn die große Hauptbahn endet hier, und dafür beginnt die kühne Bergbahn, die über die Anden und bis in das Tal von Valparaiso in Chile führt."

Sie stiegen im Grand-Hotel, einem allerdings bescheidenen, aber erträglichen Hause ab, und dann begaben sie sich auf die Polizei.

„Also jetzt Vorsicht und nicht unnütz Namen genannt!"

Der Polizeichef war nicht daheim, sondern auf Urlaub in Buenos Aires, aber ein jüngerer Beamter, ein Mann von Mitte Dreißig, allerdings mit etwas verwegenem Gesicht, empfing sie. Auf die spanische Anrede des Kommissars lachte er:

„Meine Herren! Ich bin Deutscher!"

Das war ein glücklicher Zufall, und Schlüter gab sich zu erkennen.

„Das ist eine Freude! Natürlich kenne ich Ihren Namen. Ich war früher in Bremen. Damals dachte ich allerdings noch nicht, daß ich einst als Polizeisekretär in Mendoza landen würde. San Felipe? Ja, natürlich kenne ich den Ort. Ein kleines Dorf mit Weinbergen, gar nicht weit von hier. Übigens trifft es sich gut. Übermorgen muß ich dienstlich dorthin."

„Sie sind da bekannt?"

„Selbstverständlich, denn es unterliegt der Aufsicht der hiesigen Polizei. Freilich, viel hat sie dort nicht zu tun; denn es ist eine fromme Methodistenniederlassung, die uns wenig Arbeit bereitet."

„Kennen Sie dort einen Mathias Gröger?"

„Wahrscheinlich der Prediger der Gemeinde, Don Matteo?"

„Was ist das für ein Mann?"

„Sehr fleißig und fromm. Ich habe nur as Gröger?" erfahren." der Gemeinde,

„Wir sind unbelauscht?"

„Vollkommen, Verehrter — ich weiß nicht, darf ich Kollege sagen?"

„Mit Vergnügen; denn ich brauche gewiß Ihre Hilfe."

Schlüter weihte den Polizeibeamten ein.

„Madre de Dios."

Er lachte.

(Fortsetzung folgt.)

Nach dem mißglückten Münchener Putsch.

Ludendorff im Verhör.

General Ludendorff, der nach der Erstürmung des Wehrkreiskommandos verhaftet worden war, ist noch am Abend gegen Abgabe der ehrenwörtlichen Verpflichtung, an der Bewegung nicht weiter teilzunehmen, entlassen worden. Sonnabend mittag wurde Ludendorff vom Standgericht in München verhört.

Die Haftentlassung Ludendorffs auf Ehrenwort hat die Reichsregierung sehr überrascht. Von München aus war vorher keinerlei Fühlungnahme mit Berlin über die Entlassung aus der Schutzhaft erfolgt. Die Regierung wartet jedoch mit ihrer Stellungnahme zu dieser Angelegenheit, bis sie über die Gründe unterrichtet ist, die Herrn v. Kahr zu der Haftentlassung Ludendorffs bewogen haben.

Wie aus München berichtet wird, hält sich der entflohene Hitler in der Gegend von Rosenhain mit einigen hundert Leuten seiner Anhängerschaft auf. Seine Verwundung besteht in einer Schußverletzung des Armes oder der Hand.

Die Opfer der Münchener Kämpfe.

Über die Kämpfe in München am 9. November berichtet die deutsche Korrespondenz, daß das Gebäude des Reichswehrkommandos von Kapitän Rehm dem Kommandanten des nationalistischen Verbandes „Reichsflagge" verteidigt wurde, der sich am Nachmittag der Reichswehr bedingungslos ergeben mußte. Bei den Kämpfen wurden 14 **Personen getötet**, eine **größere Anzahl**, darunter ein Hauptmann der Landespolizei **schwer verletzt**. Am Sonnabend herrschte in der Stadt vollkommene Ruhe. Reichswehrabteilungen aus Norddeutschland und Württemberg trafen in München ein.

Kahr, der sein Amt als bayerischer Generalstaatskommissar behielt, gab Befehl an sämtliche bayerischen Behörden, **alle Anhänger der Nationalsozialisten und die Mitglieder des Kampfbundes Oberland zu verhaften und Ludendorff und Hitler sofort festzunehmen**, wo man sie antreffe. Die beiden Verbände „Oberland" und „Reichsflagge" sowie die nationalsozialistische Partei wurden durch die Reichsregierung für aufgelöst erklärt.

Die Wirkung in der Tschechoslowakei.

In Prager offiziellen Kreisen beurteilte man die Vorgänge in Bayern mit aller Ruhe. So lange die Ereignisse nicht über die Grenze herüberwirken, will die Tschechoslowakei nicht aus der vom Außenminister Benesch in einem Exposé angekündigten Linie der Neutralität heraustreten. Gegen ein eventuelles Herübergreifen über die Grenze würden insofern Maßregeln getroffen, als die Grenzgendarmerieposten verstärkt würden. An der Börse zeigt sich allerdings der Einfluß der Ereignisse insofern, indem die deutsche Mark, die im Verhältnis zu dem Stand vor einigen Tagen in ihrem Werte sich um das Zehnfache gebessert hatte, von 19½ auf 12 fiel.

Enttäuschung bei den Pariser Chauvinisten

In Paris wurde am Freitag gegen 1 Uhr mittags bekannt, daß **der Münchener Staatsstreich im Begriffe sei zu scheitern. Die chauvinistischen Kreise, von denen der Ausbruch des deutschen Bürgerkrieges freudig begrüßt worden war, empfinden den raschen Zusammenbruch des Hitler-Vorstoßes als eine schwere Enttäuschung. Unter dem Eindruck der Alarmmeldungen aus Deutschland war die Botschafterkonferenz für Freitag 5 Uhr zu einer außerordentlichen Beratung einberufen worden. Die Sitzung wurde nach der Meldung von dem Zusammenbruch des Putschversuches abgesagt.**

Poincaré wollte schon Reservisten einziehen.

Poincaré hatte am Freitag eine **Unterredung mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern. Es verlautet, daß Poincaré mit den beiden Ministern die Maßnahmen erörterte, die notwendig würden**, falls die Entwickelung in Deutschland die Einberufung **von französischen Reservisten erforderlich machen sollte.**

Das Drängen auf Militärkontrolle in Uniform.

Die Reichsregierung wollte am Sonnabend die Note der Alliierten beantworten, in der die Wiederaufnahme der Militärkontrolle durch Mitglieder der Militärkontrollkommission in Uniform angekündigt wird. Die Reichsregierung erklärt, daß sie eine derartige Maßnahme nicht zulassen könne, weil sie nicht in der Lage sei, die Sicherheit der an ihr beteiligten alliierten Offiziere zu gewährleisten.

Die Botschafterkonferenz in Paris beschloß, eine Note vom 3. Oktober und eine vom 3. November über die Tätigkeit der Kontrollkommissionen in Deutschland zu veröffentlichen. Die Noten sind bereits in den Pariser Abendblättern erschienen. Die Note vom 3. November enthält keine Androhungen von Sanktionen, aber in der Note vom 3. Oktober ist von ernsten Konsequenzen die Rede, denen Deutschland sich aussetzen würde, falls die Tätigkeit der Kontrollkommission nicht schleunigst wieder ermöglicht wird.

Die Deutsche Volkspartei für Stresemann.

Der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, erklärt, daß in der Fraktionssitzung am 9. November der Beschluß gefaßt wurde, auf den Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett zu verzichten und zwar aus dem Grunde, weil die Deutschnationale Partei als Vorbedingung den Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Stresemann betrachtet. Für die Deutsche Volkspartei sei das Verbleiben Stresemanns selbstverständliche Voraussetzung eines Zusammenarbeitens mit den Deutschnationalen.

General v. Seeckt übernimmt den Oberbefehl über die Wehrmacht.

Reichspräsident Ebert hat den ihm verfassungsmäßig zustehenden Oberbefehl über die Wehrmacht des Deutschen Reiches an den Chef der Heeresleitung, General der Infanterie von Seeckt übertragen und diesen damit zum Inhaber der vollziehenden Gewalt gemacht.

Wiedfeldt lehnt den Diktatorposten ab.

Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeldt, der zusammen mit dem ehemaligen Generaldirektor der Firma Stinnes, Minoux, als Kanzler für ein rechtsstehendes Kabinett genannt wurde, hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er sich dagegen verwahrt, daß sein Name mit einer Rechtsdiktatur in Verbindung gebracht wird.

Druckerstreik in Berlin.

Die Berliner Buchdrucker sind Sonnabend früh wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Die Zeitungen konnten infolgedessen mit Ausnahme des sozialdemokratischen „Vorwärts" und der deutschvölkischen „Deutschen Zeitung" **nicht erscheinen.** Geradezu als eine Katastrophe für das wirtschaftliche Leben muß es aber angesehen werden, daß auch in den Notendruckereien gestreikt wird. Die Dinge liegen heute so, daß die Arbeiter und Angestellten tatsächlich aus der Hand in den Mund leben, da sie alle zwei Tage, mitunter sogar täglich, ihre Löhne und Gehälter erhalten. Die Zahlungsmittel sind so knapp, daß es unmöglich ist, größere Beträge, die für einen oder gar zwei Tage ausreichen, zu erhalten. Der sozialdemokratische „Vorwärts" selbst rät den Buchdruckern heute zu, aus diesem Grunde die Arbeit wieder aufzunehmen. Übrigens ist auch ein Eingreifen der Behörden zu erwarten, da die Notendruckereien als lebenswichtige Betriebe gelten, für die der Streik verboten ist. Ein weiterer Grund zu dieser Maßnahme von sozialdemokratischer Seite ist der, daß die Kassen der Gewerkschaften gar nicht imstande sein werden, einen längeren Streik durchzuführen. Die Arbeitgeber im Berliner Buchdruckgewerbe haben den Schiedsspruch des Arbeitsministers angenommen, der für die laufende Woche noch Papiermarklöhne, für die kommende aber Goldlöhne in Höhe von 25 Mark festsetzt. Sie hatten ferner beschlossen, falls die Arbeiter in den Zeitungsbetrieben und anderen Druckereien nicht spätestens zur Sonnabend-Nachtschicht die Arbeit wieder aufnähmen, ihr eBtrieb zu schließen.

Aus Stadt und Land.

Posen, 12. November.

Protestversammlung gegen die Enteignung des Kirchenguts.

Im Beisein zahlreicher Senatoren, Abgeordneten und Geistlichen wurde am Sonntag im Zoologischen Garten eine Delegiertenversammlung der katholischen Vereine von Posen und Pommerellen abgehalten. Die Verhandlungen leitete Herr Berkan-Posen. Ansprachen hielten die Abgg. Kapałczyński und Ozimie, Geistl. Styczyński und Senator Geistl. Adamski.

Die Redner wandten sich gegen die beabsichtigte Enteignung der Pfarrländereien, die eine höchst unwirtschaftliche und in ihrer Folgeerscheinung verkehrte sozialpolitische Maßnahme sei. Selbst die frühere preußische Regierung hätte einen derartigen Eingriff in das Kirchenvermögen vermieden und sich nur auf die Einziehung der Klöster und Ordensvermögen beschränkt. Was käme bei der Enteignung der Pfarrländereien heraus? Die Kosten für die Taufen, Hochzeiten und andere kirchliche Handlungen würden sich gewaltig erhöhen. Die Regierung verspreche zwar den Geistlichen heut ein Gehalt, aber die Staatskassen seien leer. Jetzt sei es schon sehr schwierig, die Kosten für die Staatsbeamten aufzubringen. Der unsichere Zustand würde eine Flucht vor dem geistlichen Berufe sein. Das Gesetz sei ein Angriff der Linksparteien auf die Kirche und Geistlichkeit und richte sich hauptsächlich gegen die Länder des ehemals preußischen Teilgebiets. Kongreßpolen und Galizien kommen für die Enteignung weniger in Betracht. Das Gesetz verstoße auch gegen die Verfassung, gegen die Rechte des Apostolischen Stuhles und gegen das Empfinden des polnischen Volkes. Die Verfassung garantiere den Religionsgemeinschaften ihren vollen Besitzstand. Recht gefährlich sei für die jetzige Regierung die Schaffung eines Präzedenzfalles, dessen Folgen unabsehbar wären. Sei die Enteignung wirklich so dringend notwendig? Seien nicht genügend Kolonisationsländereien in den östlichen Gebieten vorhanden? Nach dem Gesetz sollen jährlich 800 000 Morgen parzelliert werden. Die Folge würde die jährliche Brotlosmachung von 10 000 bis 15 000 Arbeiterfamilien sein. Wohin sollen diese Leute gehen? Man habe zwar gesagt nach Frankreich. Dahin wollen sie aber nicht gehen. Heute bilde die Piastenpartei das Zünglein an der Wage. Sie sei sich ihrer Stellung recht wohl bewußt. Sehr oft gehen ihre Wege mit der Wyzwolenie- und der sozialistischen Partei. Wohin sollen wir uns wenden? Etwa an die Minderheiten, die Konzessionen, wie die Beibehaltung der Ansiedler fordern würden. Heute sei die Situation recht gefährlich. Alle Schichten der katholischen Bevölkerung Polens gegen die beabsichtigte Enteignung aufzurufen, das sei die nächste Aufgabe der Zeit.

Die Ausführungen der Redner fanden den lebhaften Beifall der Versammlung, die mit der Annahme einer entsprechenden Entschließung endete. bw.

Gedenket unserer armen Alten!

Viele von ihnen, die sich einen bescheidenen, friedlichen Lebensabend erhofften, leben in bitterster Not. Wollt Ihr selbst in Ruhe sitzen und dem Elend kalt zusehen?

Wer die Alten nicht ehrt,
Ist des Alters nicht wert!

Geldbeträge für die Altershilfe nehmen alle deutschen Banken und die Geschäftsstelle der Zeitungen entgegen. Lebensmittel für die Altershilfe und die Suppenküche bitten wir im Bureau des Wohlfahrtsdienstes. Wały Leszczyńskiego 2, abzugeben.

Wohlfahrtsdienst Altershilfe.

Beisetzung. Am gestrigen Sonntag nachmittag von 3 Uhr ab fand in der St. Matthäikirche eine Trauerfeier für den nach nur kurzem Krankenlager in der vergangenen Woche im 51. Lebensjahre verstorbenen Maurer- und Zimmermeister Friedrich Bröcking, Major der Landwehr a. D. und Ritter des Eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse, statt. Die ungewöhnlich zahlreiche Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung, auch von Andersgläubigen, zeugte von dem hohen Ansehen, dessen sich der als Bürger wie als evangelischer Christ gleichermaßen bewährte Mann zu erfreuen hatte. Das Gotteshaus vermochte die Menge der Erschienenen kaum zu fassen. Jahrelang hatte der Verstorbene in zahlreichen kirchlichen Ämtern besonders als Kirchenältester mit religiös-gefestigter innerer Überzeugung seine unschätzbaren Dienste der Matthäigemeinde gewidmet, die mit ihm ihren warmherzigen Förderer und einen ihrer Besten verloren hat. Dem Dank der Gemeinde für die treuen Dienste gab der Pastor Brummack in seiner warmempfundenen Gedächtnisrede Ausdruck, der sich das Schlußgebet des Studiendirektors Lic. Schneider ebenso eindrucksvoll anschloß. Nach der Trauerfeier setzte sich der stattliche Trauerzug nach dem Matthäifriedhofe in Bewegung, auf dem die Beisetzung erfolgte.

Eisenbahnverkehr. Die Eisenbahnbehörde in Warschau hat der hiesigen Eisenbahndirektion mitgeteilt, daß vom 9. November ab das Schnellzugpaar 401/402 der Strecke Warschau—Thorn—Danzig und die Personenzüge 415/416 der Strecke Warschau—Bromberg wegen Verkehrsschwierigkeiten zeitweise nicht verkehren. Der mit den Schnellzügen 401/402 abgehende Waggon direkter Verbindung Danzig—Bukarest verkehrt zeitweilig nur zwischen Warschau und Bukarest. Für die Zeit, in der die Schnellzüge 401/402 nicht verkehren, werden auf der Danziger Direktion die Personenzüge 411 und 412, die am 1. November eingestellt worden waren, wieder in Betrieb gesetzt.

Gegen die übertriebene Teuerung der Webwaren. Die Bromberger Handelskammer wandte sich in letzter Zeit an die höheren Behörden in Sachen der übermäßig hohen Kalkulation in der Webindustrie mit Rücksicht darauf, daß deswegen die Webwaren teurer berechnet werden als die entsprechenden Auslandswaren.

Der Schnellzugsverkehr zwischen Lemberg und Posen ist wieder aufgenommen worden.

Miljonówka. In der letzten Ziehung gewann die Nummer 2 840 859, die in der Warschauer Postsparkasse verkauft worden war.

X **Gestörte Diebe.** Einem Kolonialwarenladen in der ul. Wrocławska 10/11 machten in der vergangenen Nacht Diebe einen ungebetenen Besuch. Sie drangen vo nder Taubengasse ein, indem sie eine Mauer ausbrachen. Größere Posten Tee, Seife, Zucker und andere begehrenswerte Sachen waren bereits eingepackt, als sie durch einen Schutzmann bei ihrem Vorhaben gestört wurden. Nun ließen sie ihre Beute im Stich und machten sich auf und davon. Doch wurde einer der Diebe, ein gewisser Zygmunt Michalski, bei der Flucht ergriffen.

X **Diebstähle.** Aus einer Wohnung in der ul. Szkolna (fr. Schulstr.) wurde ein Skunkskragen im Werte von rd. 15 Millionen entwendet. In der ul. Sienkiewicza 3 (fr. Wettinerstr.) ist aus einem Korridor ein sehr wertvoller Damenmantel gestohlen worden. Der Wert wird auf 50 Millionen angegeben.

X **Festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag 7 Betrunkene, 24 Dirnen, 5 Ausweislose, 8 Obdachlose, 4 Personen wegen Diebstahls, 3 wegen Bettelns, 2 gesuchte Personen, eine Person wegen Betruges und eine weitere wegen Unterschlagung.

* **Grätz,** 11. November. Ein Unglücksfall ereignete sich am Sonntag in Kąkolewo bei Grätz. Eine Familie Blaszke aus Posen weilte dort bei dem Landwirt Chojnacki zu Besuch. Während des Abendessens sprach man von den verschiedensten Dingen und kam auch auf die Diebe zu sprechen. Währenddessen war der zehnjährige Sohn des Gastgebers nach dem Flur gegangen und hatte dort ein Jagdgewehr hervorgeholt, mit dem er im Übermut nach der Küche zielte, wobei er die Frau des Blaszke so schwer am Auge verletzte, daß deren Tod sofort eintrat.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	12. November	10. November
Bank Centralny I.—III. Em. . . .	—,—	100 000
Bank Poznański I.—II. Em. . . .	37 000	35 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	130 000—160 000 —150 000	130 000
Bank Zjednoczenia I.—III. Em. . .	35 000	25 000—30 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	350 000	400000-375000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	95 000—100 000	95 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	42 000—35 000	35 000—40 000 —38 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	6000	6000
Bank Młynarzy	9500—9000	10 000—9000
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . . .	85 000	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.) .	150 000	150 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	—,—	35 000
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	35 000	35 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	250 000	—,—
H. Cegielski I.—IX. Em.	68 000—70 000 —68 000	68 000—65 000
Centrala Rolników I.—VII. Em. .	13 000	—,—
Centrala Skór I.—V. Em.	150 000-145 000	135 000-150 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	2 900 000	2 800 000
Goplana	60 000	58 000—75 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	60 000	60 000
Goplana I.—II. Em.	75 000	—,—
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em. .	—,—	28 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	50 000—35 000	45 000—50 000
Hartwig Kantorowicz I. Em. o. Kup.	330 000-350 000	270 000-280 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—,—	5000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	6000—7000	5500
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	30 000—55 000	25 000—30 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	410 000-400 000	400 000-420 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	25 000	25 000
Iskra I.—III. Em.	110 000-120 000	100 000
Juno I.—II. Em.	25 000—30 000	25 000—20 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	4 000 000	3 500 000
Len w Toruniu	—,—	50 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . . (exkl. Kup.)	3 000 000 —3 400 000	2 300 000-2 850 000
Młyn Poznański I.—III. Em. . .	80 000	30 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	70 000-80 000	65 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	—,—	65 000—75 000
Marinin Zakł. ogrodn. w Warszawie	40 000	—,—
S. Pendowski I.—III. Em.	40 000	35 000—40 000
Płótno I.—II. Em.	90 000—100 000	60 000—65 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em. .	35 000—40 000	30 000
Patria I.—VIII. Em.	45 000	40 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	90 000—120 000 —110 000	80 000—90 000
Pneumatik I.—III. Em.	9000-10 000-9000	8000-10 000-9000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . . .	—,—	120 000-130 000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	45 000	40 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em. . .	—,—	12 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	540 000-550 000	500 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	150 000	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	700 000-800 000	550 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. ohne Bezugsrecht	20 000—25 000 —23 000	13 000—20 000
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em. . .	300 000	—,—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	95 000—115 000 —110 000	75 000—90 000

Tendenz: stark.

⩧ Die P. K. K. P. zahlte am 9. November für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 875 400 (582 000), Mark 405 300 (161 000), Krone 344 700 (135 000), Lat. Münzeinheit 328 300 (135 000), Dollar 1 702 000 (778 000), Pfd. Sterling 8 281 800 (sh 175 700), 1 Gr. Feingold 1 131 000 (32 330).

⩧ **Die poln. Mark am 9. 11. Danzig:** Ausz. Warschau 3.242—3.258 (Parität: 307 850). **Wien:** Auszahlung Warschau 3.70—4.10 (Parität: 25 64). **Budapest:** 1.50 (Parität: 66.66) **London:** Auszahlung Warschau 0.000013 (Parität: 7 500 000). **Prag:** 0.1795 bis 0.1975 (Parität: 53 400). Auszahlung Warschau 0.2125 bis 2275 (Parität: 45 450). **Bukarest:** Auszahlung Warschau 0.0150 (Parität): 6663) **Tschernowitz:** Auszahlung Warschau 0.0125 (Parität: 8000). **Neuyork: Auszahlung** Warschau 0.0003. (Parität: 3 340 000) (?)

⩧ **Züricher Börse vom 9. November.** (Amtlich.) Warschau —, Neuyork 5,65125, London 25,01, Paris 31,90, Wien 0,00795, Prag 16,4425, Mailand 24,875, Brüssel 27,50, Budapest 0,0350, Sofia 5,00, Amsterdam 217,25, Kristiania 81,50, Kopenhagen 93,50, Stockholm 148,60, Madrid 74,625, Bukarest 2,80, Berlin 2,75, Belgrad 6,525, Athen 8,75, Konstantinopel 3,25.

⩧ Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 12. November 1 750 000 Mkp. (1 Dollar = 4,20 Goldmark), 1 Goldmark = **417 000** Mkp.

⩧ Die Goldmark in Polen am 12. November, errechnet aus dem Warschauer Dollarkurs (1 Dollar = 4,20 Goldmark), 427 000 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 12. November.

Deutsche Mark —,—. Dollar 1 777 000—1 795 000. Engl. Pfund 7 900 000. Schweizer Franken 316 000 Franz. Franken 101 000.

Warschauer Börse vom 10. November.

Devisen:

Belgien	87 550	Paris	101 750—101 250
Berlin und Danzig . .	—.—	Prag	51 950—51 750
London	7 950—7 900 000	Schweiz . . .	317 250—316 000
Neuyork	1 795 000	Wien	25,00
Holland	721 500	Italien	79 000—78 750

Danziger Mittagskurse vom 12. November.

1 Million Poln. Mark . . . . 3,25—3,30 Gulden
1 Dollar . . . . 5,720 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. November 1923.

(Ohne Gewähr.)
(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen . .	4 200 000—4 400 000	Braugerste . .	2 600 000—2 800 000
Roggen . .	2 550 000—2 750 000	Weizenkleie . . .	1 700 000
Weizenmehl	8 400 000—8 600 000	Roggenkleie . .	1 600 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	4 600 000—4 800 000	Hafer . . .	2 300 000—2 500 000
		Eßkartoffeln . .	860 000
Gerste . . .	2 200 000	Fabrikkartoffeln	820 000

Die Marktlage ist im allgemeinen unverändert. Fortdauer des Geldmangels. — Tendenz: ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 4 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.